Beschluss des Landrats vom 14.11.2024

Nr. 817

7. Fragestunde der Landratssitzung vom 14. November 2024

2024/642; Protokoll: pw

1. Stefan Degen: Sekundarschule Gelterkinden

Stefan Degen (FDP) war schockiert, als er es in der Zeitung gelesen hatte, und befürchtete auch, dass die Schulen alte Klischees bedienen. Dann hatte er aber gute Gespräche mit der Schulleitung der Sekundarschule Gelterkinden. Das Problem wurde erkannt und es darf auf eine gute Lösung gehofft werden. Zusatzfrage: *Wie wird künftig sichergestellt, dass solche Dinge nicht mehr passieren und dass es keinen Eingriff der Politik mehr braucht, damit die Dinge richtig laufen?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) hält fest, es sei wichtig, dass der Unterricht politisch neutral erfolge. So lautet auch der klare Bildungsauftrag. Es liegt in der Verantwortung der Schulleitungen, die solche Veranstaltung organisieren, dass diese ausgewogen sind und alle zu Wort kommen. Ist jemand mit einer solchen Veranstaltung nicht einverstanden, besteht immer die Möglichkeit einer aufsichtsrechtlichen Beschwerde. Der vorliegende Fall hat nun alle Schulleitungen im Kanton Basel-Landschaft für die Frage sensibilisiert und sie werden künftig genau hinschauen, wie solche Veranstaltungen organisiert werden. Es darf aber auch nicht sein, dass die Schulleitungen künftig auf Veranstaltungen gänzlich verzichten aus Angst, etwas falsch zu machen. Die Schulleitung hat sich in diesem Fall bereit erklärt, für eine ausgewogene Zusammensetzung des Podiums zu sorgen.

2. Caroline Mall: Leistungsvereinbarung mit dem KVBL Brücken- und Integrationsangeboten

Caroline Mall (SVP) verweist auf die Frage von Pascal Ryf im Rahmen der Fragestunde der letzten Landratssitzung vom 31. Oktober 2024. Zusatzfrage 1*: Kann der Regierungsrat versichern und versprechen, dass CHF 1 Mio. tatsächlich eingespart werden, wenn das Brücken- und Integrationsangebot nicht mehr durch das KV Baselland geführt wird, sondern durch das BBZ BL?* Zusatzfrage 2*: Was kann Caroline Mall als Landrätin tun, damit der Regierungsrat die Leistungsvereinbarung mit dem KV Baselland verlängert und das Brücken- und Integrationsangebot weiterhin beim KV Baselland belässt?* Dies selbstverständlich unter der Bedingung, dass die Wirtschaftlichkeit etc. überprüft wird.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, die BKSD habe im AFP 2025–2028 66 direktionsspezifische Massnahmen hinterlegt. Es handelt sich um Sparmassnahmen im Umfang von rund CHF 136 Mio. Diese beruhen teilweise auf Schätzungen. Der Regierungsrat wird sämtliche hinterlegte Massnahmen monitoren und dort, wo es Differenzen gibt, genau hinschauen. Der Regierungsrat wird dann auch entscheiden, wie er mit allfälligen Differenzen umgeht. Das BBZ Baselland erhält den Auftrag, das Angebot zu Vollkosten zu organisieren. Dies wird selbstverständlich eingefordert. Es liegt in der Kompetenz des Regierungsrats, Leistungsvereinbarungen mit Dritten auszuhandeln und zu vereinbaren. Dabei ist wichtig, dass die Leistungsvereinbarungen immer wieder hinterfragt werden, ob sie ihren Zweck noch erfüllen, ob sie wirksam sind und ob sie effizient und effektiv umgesetzt werden. Dafür steht Regierungsrätin Monica Gschwind ein. Der Regierungsrat macht nichts anderes, als seine Aufgabe bestmöglich, im Sinne des Kantons, zu erfüllen.

3. Anita Biedert: Raserunfall

Anita Biedert (SVP) sagt, die Antworten seien sprachlich etwas verwirrend. Folgende Konklusion erscheint ihr nicht richtig: *«Grundsätzlich ist die Geschwindigkeit jedoch den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Deswegen gelten in solchen Fällen die vom Bundesrat erlassenen Tempovorschriften».* Dies ist fast schon ein Widerspruch. Zum Hintergrund der Frage: Am Samstagabend wurden zwei Border Collies eines Bauern beim Bauernhof brutal überfahren.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) bittet um die Zusatzfrage.

Anita Biedert (SVP) stellt folgende Zusatzfrage 1: *An wen gehen die Anträge für die Senkung der Tempolimite, die beim Vorliegen von qualifizierten Gründen gestellt werden können?* Betreffend qualifizierte Gründe würde ein Gespräch mit dem betroffenen Bauern ausreichen. In Muttenz sind alle schockiert über den Vorfall. Zusatzfrage 2: *An wen stellt dieser Bauer aufgrund der qualifizierten Gründe seinen Antrag?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) stellt richtig, dass generell Tempo 80 ausserhalb des Siedlungsgebiets gelte. Dies ist auf Bundesebene festgesetzt. Die Fahrweise muss aber immer den örtlichen Gegebenheiten – den Strassen, den Wetterverhältnissen etc. – angepasst werden. Es heisst somit nicht, dass bei Tempo 80 auch 80 gefahren werden soll. Der Antrag wird an die Verkehrspolizei gerichtet. Regierungsrätin Monica Gschwind bittet darum, die zweite Frage nochmals zu wiederholen, weil sie ihr mit der ersten identisch erscheint.

Anita Biedert (SVP) stellt in diesem Fall die zweite Frage anders. Zusatzfrage 2: *Ist es möglich, dass kantonsweit im Umfeld von Bauerhöfen Vorschriften für eine Temporeduktion erlassen werden?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, dies sei aus den in der Antwort aufgeführten Gründen nicht möglich. Die Tempovorschriften werden auf Bundesebene festgelegt. Wird ein Antrag an die Verkehrspolizei gestellt, wird dieser individuell geprüft.

://: Alle Fragen sind beantwortet.